

saxGRÜN

Zeitschrift der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausgabe Nr. 21 / April 2015

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
im Sächsischen Landtag



Inhalt

Der neue Doppelhaushalt	1/2
Freie Schulen: Erneuter Verfassungsbruch	
Editorial	2
Landwirtschaft Sachsens im Vergleich	3
Asyl in Sachsen	4/5
Vertrauen in die demokratische Gesellschaft verloren?	6
Sachsen hört mit – Rechenzentrum für TKÜ geplant	
Bezahlbar wohnen	7
Lehrbeauftragte – preiswerte Lückenbüßer?	
Vattenfall-Ausstieg endlich für Kohle-Ausstieg nutzen	
Frauen in Kunst und Kultur	8
Termine	
Impressum	

Der neue Doppelhaushalt: Wer nichts erwartet, kann nicht enttäuscht werden

Die CDU-SPD-Koalition ist mit „Sachsen ist unser Auftrag“ und „Sachsens Zukunft gestalten“ in ihre Regierungszeit gestartet. Der aktuelle Doppelhaushalt zeigt, dass zwar die schlimmsten FDP-Hinterlassenschaften beseitigt wurden, sich insgesamt aber wenig nach vorn bewegt. Franziska Schubert, haushaltspolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, sind drei Dinge aufgefallen: „Ich habe vor allem Themen gefunden, die nicht länger auszusetzen waren. Die strukturellen Risiken bleiben hoch und die ländlichen Räume sind die ungeliebten Stiefkinder.“

Sachsen erwirtschaftet aus eigener Kraft 43 Prozent seiner Einnahmen. Mittelfristig wird der Freistaat also nicht in der Lage sein, die rückläufigen Hilfen von Bund und EU durch eigene Einkünfte zu kompensieren. Die Möglichkeit von Steuererhöhungen ist begrenzt. Der aktuelle Haushalt lässt offen, an welchen Stellschrauben noch gedreht werden kann, um die Einnahmen zu verbessern, und welche strukturellen Risiken in Kauf genommen werden.

Ein großer Teil des Geldes ist in Nebenhaushalten und Sondervermögen gebunden. 2013 flossen rund 2,32 Milliarden Euro

an die Nebenhaushalte. Das sind 14 Prozent der Gesamtausgaben. Da auch Personalkosten aus den Nebenhaushalten bezahlt werden (28 Prozent aller beim Freistaat Beschäftigten), ist anzunehmen, dass der Finanzbedarf steigen wird. Problematisch daran ist, dass die Nebenhaushalte zunehmend der Haushaltssteuerung durch das Parlament entzogen werden.

Die GRÜNEN Kritikpunkte im Einzelnen: Der ländliche Raum

Der ländliche Raum bleibt das Stiefkind. Dabei sollte die Attraktivität von Regionen wie der Oberlausitz, dem Erzgebirge oder Nordsachsen erhalten und gefördert werden. Die notwendigen Rahmenbedingungen sind jedoch im Haushalt nicht zu finden. Es scheint, dass sich eine Vernachlässigung verfestigt, die mit der Leuchtturmpolitik vor Jahren begonnen hat.

Breitbandausbau: Schnelles Internet ist für den ländlichen Raum ein wichtiger Standortfaktor. Viele Branchen und Unternehmen können ortsunabhängig arbeiten. Bisher ist jedoch unbekannt, wie das Ziel der Bundesregierung, überall leistungsfähige Breitbandnetze zu haben,

Freie Schulen: Erneuter Verfassungsbruch

Am 23.12.2014 gab das Kultusministerium den Referentenentwurf für ein neues Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft zur Anhörung frei. In ihren Stellungnahmen übten Verbände, Träger, Gewerkschaften und Eltern scharfe Kritik. Auch nach Meinung der GRÜNEN-Fraktion stellt der Entwurf einen erneuten Verfassungsbruch dar. Er wird dem Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichts vom 15.11.2013, das maßgeblich auf eine GRÜNE Initiative zurückzuführen ist, nicht gerecht. Die freien Schulen werden vor die

Wahl gestellt, entweder ihre LehrerInnen besser zu bezahlen oder auf ein Schulgeld zu verzichten. Daran ändern auch die „Nachbesserungen“ nichts, die das Kabinett am 25. März beschlossen hat. Die angekündigte Mittelerhöhung um sieben Millionen Euro kann die fehlende Verfassungskonformität nicht kompensieren. Die GRÜNE-Fraktion wird den anstehenden Gesetzgebungsprozess kritisch begleiten. Eine öffentliche Anhörung im Schulausschuss ist für den 17. April anberaumt.



Foto: lauz / photostock.com

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Doppelhaushalt kommt aufgrund der Regierungsbildung von CDU und SPD ein gutes Vierteljahr zu spät. Für diejenigen, die von Fördermitteln abhängig sind, ist das mitunter problematisch. Allerdings kann man es der SPD nicht verdenken, dass sie nicht die Politik der vergangenen Jahre fortsetzen will. Für uns steht die Frage: Hat sich das Warten gelohnt?

„Mmh, naja“, meinen wir etwas unentschieden. Das Volumen des Haushalts ist größer als sonst. Für Kitas, Freie Schulen, Lehrer und Polizei gibt's zwar überall eine Schippe drauf. Am Ende werden jedoch nur die schlimmsten FDP-Kürzungen korrigiert. Einen echten Plan für die Zukunft erkennen wir nicht. Wir GRÜNEN wollen nicht ewig warten, sondern jetzt mit nachhaltigen Reformen beginnen. Im GRÜNEN Entwurf für den Doppelhaushalt verteilen wir insgesamt eine Milliarde Euro um. Wir greifen dafür u.a.

in die millionenschweren Sparbüchsen des Finanzministers und nutzen Geld aus dem Zukunftssicherungsfonds. Unsere Schwerpunkte liegen ebenfalls bei Integration/Asyl, Bildung und Sicherheit. Wir wollen aber auch den ländlichen Raum, Naturschutz, Verkehr und Klimaschutz stärken. Es ist unverständlich, dass die Koalition diese Punkte vernachlässigt, da bei Tatenlosigkeit hohe Folgekosten auf uns zu kommen.

Der Haushalt bestimmte zwar in den letzten Wochen die Arbeit, war aber keineswegs das einzige Thema. Anfang des Jahres haben wir vor großem Publikum unsere Studie zur Landwirtschaft Sachsens vorgestellt. Der Landesbauernverband und seine Vertreter zweifelten die Daten an und reagierten allergisch auf die Schlussfolgerungen. Kein Wunder, war doch schwarz auf weiß zu lesen, dass die industriellen Großstrukturen ohne Grund gepriesen und gefördert werden. Denn trotz Milliardensummen, die diese Betriebe einstreichen, liegt die Bruttowertschöpfung in Sachsens Landwirtschaft deut-



Foto: Simanowski

lich unter der vergleichbarer Bundesländer. Abgesehen davon leiden Umwelt sowie menschliche und Tiergesundheit unter dem jetzigen System. Auch hier wären tiefgreifende Reformen dringend an der Zeit, da es absurd ist, Steuergeld im globalen Wettbewerb um niedrigste Preise und Standards zu verbrennen, anstatt sich um regionale Potentiale zu kümmern.

Anne Vetter, stellv. Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

technisch umgesetzt werden soll, und was an Kosten auf Sachsen zukommt. Der im Haushalt eingestellten Summe fehlt eine Berechnungsgrundlage.

Kulturraumförderung: Die vorgesehene Erhöhung der Kulturraummittel reicht nicht einmal aus, um die Kostensteigerungen der vergangenen Jahre aufzufangen. Dabei ist ein gutes Kulturangebot ein wichtiges Kriterium bei der Arbeitsplatzwahl von Fachkräften.

Demografie: Mit dem Landesprogramm Demografie konnten die ländlichen Räume Strategien zum Umgang mit dem demografischen Wandel entwickeln und erproben. Im Koalitionsvertrag wurde die Erhöhung der Förderung und die Unterstützung von Projekten zugesichert. Im Haushalt ist jedoch kein Geld eingeplant.

In Stein gemeißelte Forderungen der SPD: Mehr Geld für Bildung und Sicherheit?

Forderte die SPD vor einem Jahr noch 500 zusätzliche Lehrkräfte pro Jahr über den Ersatzbedarf hinaus, decken die nun versprochenen 6.100 Stellen bis 2019 gerade den Bedarf durch ausscheidende Lehrkräfte. Steigende Schülerzahlen oder Lehrkräfte zur Umsetzung der Inklusion sind nicht eingerechnet.

In Bezug auf die Freien Schulen ist der Haushalt erneut verfassungswidrig, da die Mehrkosten, die sich aus dem Verfassungs-

gerichtsurteil ergeben, nicht abgebildet sind. CDU und SPD provozieren einen neuen Konflikt, obwohl die SPD in der letzten Legislatur noch mit GRÜNEN und LINKEN vor dem Verfassungsgericht gegen die Ungleichbehandlung geklagt hat. Das ist politisch gefährlich.

Und „Bessere Kitas“? Die Verbesserung des Personalschlüssels ist auf eine Minimallösung geschrumpft. Diese könnte sich sogar zur Kostenfalle für Eltern und Kommunen entwickeln, weil sie zum Teil für die Mehrbelastung aufkommen müssen. Hinzu kommt, dass trotz des Sanierungsbedarfs das Landesinvestitionsprogramm für den Kitaneu- und -umbau gestrichen wird.

Um den Stellenabbau bei der Polizei zu stoppen, müssten jährlich 600 Beamte eingestellt werden. Geplant sind 400. Auch bei den Gerichten und im Justizvollzug reichen die Neueinstellungen nicht aus, um die Altersabgänge auszugleichen. Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass man im Justizbereich Geld sparen würde, wenn der Einstieg in kriminelle Karrieren früh abgewendet werden könnte. Täter-Opfer-Ausgleich oder soziale Trainingskurse funktionieren, flächendeckend vorhanden sind sie nicht.

Die Zukunft beginnt jetzt

Wir GRÜNEN werben seit Jahren für einen erweiterten Investitionsbegriff. Zukunftsfä-

higkeit begründet sich nicht allein auf Stahl und Beton sondern auch auf Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit, Barrierefreiheit und Gleichstellung. Klimaschutzinvestitionen ersparen hohe Kosten künftiger Klimaschäden. Deshalb ist ein Zuschussprogramm für energetische Gebäudesanierung sinnvoll. Weil die Belastung des öffentlichen Haushalts durch den motorisierten Individualverkehr hoch ist, sind mehr Investitionen für Bus und Bahn finanzpolitisch nachhaltig.

Es ist aus GRÜNER Sicht falsch, den Umwelthaushalt abzuschmelzen. Die ökologischen Ressourcen sind Grundlage von gesundem Leben und Wertschöpfung. Daher wäre es wichtig, in den Schutz von Boden, Wasser, Atmosphäre und biologischer Vielfalt zu investieren. Ein intaktes Ökosystem erledigt vieles kostenlos: Luftreinhaltung, Wasserfilterung, Erosionsschutz, Nährstoffproduktion, die Bestäubungsleistung von Bienen. Mittel für Biotopverbünde oder Deichrückverlegungen stabilisieren das Ökosystem. Das ist Zukunftssicherung und Haushaltskonsolidierung pur.

Die Verringerung der kommunalen Zuweisungen sehen wir mit Sorge. Wenn Stadt- und Gemeinderäte keine Akzente bei der Haushaltsaufstellung mehr setzen können, zerstört dies systematisch ihre Entscheidungsrechte. Das ist kein Beitrag zur Stärkung der Demokratie.

Wohin soll sich Sachsens Landwirtschaft entwickeln?

Studie vergleicht Ist-Zustand mit anderen Bundesländern



Ziel der von der GRÜNEN-Fraktion in Auftrag gegebenen Studie „Die Landwirtschaft in Sachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern“ war es, die sächsische Agrarstruktur anhand aktueller Daten beschreiben und mit ähnlich strukturierten Bundesländern vergleichen zu können. Beauftragt wurde Prof. Dr. Helmut Klüter, Leiter des Lehr- und Forschungsbereiches Regionale Geographie an der Universität Greifswald. Die Datenerhebung sollte eine Antwort auf die Frage liefern, inwiefern die sächsische Agrarstruktur ökonomisch und ökologisch nachhaltig ist. Sichern die agrarindustriellen Strukturen das Leben im ländlichen Raum oder sind sie Teil des Problems Landflucht? Welchen Einfluss hat die Landwirtschaft auf unsere Umwelt, die Biodiversität, das Klima, den Boden und das Wasser?

Sachsen – Land der Großbetriebe

Die heutige Agrarstruktur in Sachsen ist Folge der DDR-Agrarpolitik und deren Fortsetzung nach der Revolution 1989. Mit der Enteignungswelle der 50er und 60er Jahre wurde ein Berufsstand weitgehend ausgelöscht bzw. durch eine Funktionskaste ersetzt. Nach 1989 gelang es den DDR-Agrarkadern, die Entwicklung eines freien Wettbewerbs um Markt und Bodenverteilung zu unterbinden. Dies führte zur Vermögenskonzentration in den Händen weniger. Viele Neu- und Wiedereinrichter hatten keine Chance, sich in Sachsen eine tragfähige Existenz aufzubauen. Entstanden sind stattdessen Großbetriebe, deren industriell geprägte Produktionsweise wettbewerbsfähiger sein sollte.

Wertschöpfung deutlich unter den Möglichkeiten

Die Studie unterlegt mit Zahlen, was längst vermutet wurde: Die Hektarge-

winne der „Agrargiganten“ liegen deutlich unter denen bäuerlicher Betriebe. Im Jahr 2013 betrug die Bruttowertschöpfung in der sächsischen Land- und Forstwirtschaft 870 Millionen Euro, im vergleichbaren Rheinland-Pfalz 1.329 Millionen Euro. Die Subventionsabhängigkeit sehr großer Betriebe liegt bei 60 bis 80 Prozent. Ohne Fördermittel könnten viele nicht überleben.

Wir sind davon überzeugt, dass es derart hohe Förderungen nicht länger ohne Gegenleistung geben darf. Steuergeld sollte im Agrarsektor vornehmlich in den Bereichen Klima-, Tier-, Boden- und Gewässerschutz eingesetzt werden. Die auf den Weltmarkt fokussierte industrielle Landwirtschaft kann die ökologischen und sozialen Herausforderungen nicht bewältigen. Es ist widersinnig, sich in den globalen Wettbewerb um niedrigste Preise und Standards zu werfen und regionale Absatz- und Wertschöpfungspotentiale ungenutzt verkümmern zu lassen. Unser Ideal ist eine Landwirtschaft, die ökologisch, gentechnikfrei und wirtschaftlich nachhaltig ist und eine regional angepasste Größenstruktur besitzt. Um sich dem zumindest anzunähern, braucht Sachsens Landwirtschaft Reformen und Innovationen. Die Studie liefert dafür bedenkenswerte, teils auch provokante Vorschläge.

Vorschläge für Strukturwandel

So plädiert der Autor für die Einführung einer Betriebsgenehmigungspflicht. Dies hätte den Vorteil, dass die Zahl der Genehmigungsverfahren und -behörden reduziert würde und gleichzeitig eine umfassende Prüfung der Bewirtschaftungskonzepte möglich wäre. In der Genehmigung könnte u.a. rechtsverbindlich über Art und Maß möglicher Nutzungen (z.B. Acker oder Dauergrünland) entschieden werden. Ebenso könnten Biotop ausgewiesen sowie standortbezogene Umweltqualitätsziele und Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen festgelegt werden.

Im Zuge einer solchen Genehmigung wäre auch zu prüfen, ob ein Betrieb der

Agrarindustrie zuzurechnen ist. Prof. Klüter definiert dafür folgende Kriterien:

- ❖ Filialisierte Unternehmensstrukturen mit mindestens einer regional marktbeherrschenden Position
- ❖ Unternehmen oder Unternehmensteile, die nicht von einem orts-/regionsanwesenden Berufslandwirt dauerhaft geführt werden
- ❖ Gruppen von Betrieben, die über Dauerverträge (länger als zwei Jahre) an Großabnehmer- und Lieferstrukturen der Ernährungswirtschaft gebunden sind – vor allem dann, wenn diese Betriebe direkt nebeneinander liegen („Regionalkartelle“)
- ❖ Viehanlagen mit mehr als 500 Rindern (GV) und/oder mehr als 2.000 Schweinen oder mehr als 380 Sauen mit 3.000 Ferkeln und/oder mehr als 9.000 Geflügeltieren, wobei die Besetzung einer Stallanlage 600 Tiere nicht überschreitet
- ❖ Betriebe mit mehr als 500 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche

Agrarbetriebe, die ein Kriterium erfüllen, müssen daraufhin untersucht werden, ob sie noch zur Landwirtschaft zählen. Dies wäre der Fall, wenn Sie in Arbeitskräftebesatz und anderen sozial- bzw. regionalökonomisch bzw. -ökologisch bedeutsamen Bereichen wichtige Aufgaben erfüllen. Agrarindustrielle Unternehmen sollten hingegen angesichts der verursachten wirtschaftlichen, gesundheitlichen, tiergesundheitlichen und umweltbezogenen Probleme aus der flächenbezogenen Förderung genommen werden. Dies könnte einen Strukturwandel anstoßen. Die Bevorzugung von Großbetrieben, die keine Gemeinwohlleistungen erbringen, würde zurückgefahren, die Entstehung einer vielfältigen Agrarstruktur gefördert.

Asyl ist ein Menschenrecht. Das gilt auch in

So heftige Auseinandersetzungen wie beim Thema Flüchtlinge gab es im Freistaat seit Jahren nicht – Humanität dabei nicht aus dem Blick verlieren

Die Themen Flucht und Asyl sind präsent wie lange nicht mehr. Kein Tag vergeht ohne Zeitungsmeldungen zur Unterbringung von Flüchtlingen, zum Versagen des Innenministers, zu rassistischen Übergriffen auf Flüchtlinge, Bürgerprotesten gegen die Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften aber auch zu runden Tischen Asyl, zivilgesellschaftlicher Solidarität, praktischer Unterstützung wie ehrenamtlich durchgeführten Sprachkursen, Patenschaften mit Flüchtlingsfamilien, Kleider- und Sachspenden, zu Kommunen mit innovativen Ideen zur Unterbringung und Integration von Asylsuchenden, von zivilem Ungehorsam gegenüber den rassistischen und islamfeindlichen -gida-Bewegungen.

So viel Dynamik und Gegensätzlichkeit waren lange nicht in der Bevölkerung zu spüren. So viel öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung, Reibung und Ringen um Positionen haben wir seit Jahren nicht erlebt. Aber auch das Versagen der Staatsregierung, insbesondere des sächsischen Innenministers Markus Ulbig (CDU), trat noch nie so deutlich zu Tage.

Die Kommunen, zuständig für die Unterbringung der Asylsuchenden, stöhnen, weil sie sich von der Staatsregierung bei

der Bewältigung dieser Mammutaufgabe allein gelassen fühlen. Anstatt endlich die Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Asylsuchenden in Sachsen spürbar zu verbessern, ruft der Innenminister reflexartig nach sicheren Herkunftsstaaten. Er wird nicht müde, Asylsuchende in Gruppen einzuteilen, die zu Recht zu uns kommen, und solche, die, warum auch immer, kein Recht dazu haben sollen. Der Minister richtet Sondereinheiten für straffällige Asylbewerber ein, obwohl es sich nachweislich um eine kleine Gruppe handelt. Dennoch verkündet Markus Ulbig derartige Ergebnisse lautstark und inszeniert damit bewusst oder unbewusst eine nicht vorhandene Bedrohung.

Pressemitteilung 8-2015: Ulbigs Zahlen belegen: Sondereinheit für straffällige Asylbewerber ist der blanke Populismus
➔ <http://gruenlink.de/vgo>
sowie Kleine Anfrage: „Äußerungen des Innenministers in Bezug auf Vorschlag einer Sondereinheit für straffällige Asylbewerber“ (Drs. 6/333):

➔ <http://gruenlink.de/x19>

Rassismus, Diskriminierung – Ängste von Flüchtlingen nicht im Blick

Während Innenminister Ulbig auf Asylbewerber einen sehr kritischen Blick hat, ist sein Verständnis für die Anhänger der -gida-Bewegungen groß. Zahlen belegen zwar, dass sachsenweit die Zahl der Übergriffe auf Menschen steigen, die nicht dem Durchschnittsbild des/der weißen Mitteleuropäers/Mitteleuropäerin entsprechen, und auch Migranten im Umfeld der -gida-Demonstrationen das zunehmende Aggressionspotential zu spüren bekommen. Doch der Innenminister sieht an dieser Stelle keinen verstärkten Handlungsbedarf. In seiner Stellungnahme zum GRÜNEN-Antrag „Entschlossen und effektiv gegen Rassismus und Diskriminierung vorgehen ...“ verweist Ulbig auf die Polizeipräsenz vor Asylbewerberunterkünften, die Förderung des Programms „Weltoffenes Sachsen“ und den Dialog mit -gida-Anhängern, um irrationale Ängste abzubauen. Auch CDU- und SPD-Fraktion lehnten im Januar 2015 diesen Antrag der GRÜNEN-Fraktion im Landtagsplenum ab.

Refugees?
welcome!

Antrag: „Entschlossen und effektiv gegen Rassismus und Diskriminierung vorgehen – Die Ereignisse von Hoyerswerda 1991 dürfen sich nicht wiederholen“ (Drs. 6/430) und Stellungnahme der Staatsregierung

➔ <http://gruenlink.de/x1a>

und für Sachsen

Neue Erstaufnahme- einrichtungen nicht weiter auf lange Bank schieben

Es ist ein handfestes Problem, dass sich Innenminister Ulbig seit Jahren nicht dafür einsetzt, ausreichende Kapazitäten für die reguläre Erstaufnahme in Sachsen zu schaffen. Seit 2013 ist bekannt, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz aus allen Nähten platzt. Seitdem sind die Zahlen der Asylsuchenden deutlich angestiegen. Doch die Inbetriebnahme der zugesagten neuen regulären Standorte zur Erstaufnahme von Asylsuchenden in Leipzig und Dresden ist weiter unbekannt. Stattdessen werden Flüchtlinge immer wieder ad hoc in Notunterkünften – Turnhallen, Mehrzweckhallen und Hotels – untergebracht. Dies hat einerseits zur Folge, dass sich die Bearbeitung der Asylanträge aufgrund der räumlichen Trennung zur Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz und damit zur dortigen Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge weiter verzögert. Andererseits werden aufgrund der völlig mangelhaften Kommunikation Landkreise, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger ohne Not vor den Kopf gestoßen. „Willkommenskultur“ entwickelt sich auf diese Weise nicht. Wir GRÜNE fordern von Ulbig, endlich für ein Ende dieses Unterbringungschaos' zu sorgen, und die Erstaufnahmeeinrichtungen in Leipzig und Dresden zeitnah in Betrieb zu nehmen.

Antrag: „Erstaufnahme von Asylsuchenden menschenwürdig gestalten - umfassende Information gewährleisten“ (Drs. 6/1034):

➔ <http://gruenlink.de/x1b>

Gesundheitskarte statt medizinische Notversorgung

Mit dem Antrag „Gesundheitskarten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber“ wollen wir GRÜNE die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen verbessern. Das Asylbewerberleistungsgesetz gewährt Asylsuchenden zu Beginn ihres Aufenthaltes in Deutschland nur eine medizinische Notversorgung (akute Erkrankung und Schmerzzustände). Diese wird im Freistaat Sachsen über ein aufwändiges, bürokratisches und nicht zuletzt diskriminierendes Verfahren sichergestellt. Asylsuchende müssen, bevor sie zum Arzt/zur Ärztin gehen, beim Sozialamt einen „Krankenschein“ beantragen. Die Entscheidung über die Bewilligung des Krankenscheines trifft in der Regel eine Person, die nicht über medizinische Fachkenntnisse verfügt. Wir GRÜNE setzen uns aus diesem Grund für eine Gesundheitskarte für Asylsuchende in Sachsen ein. Weiterhin wollen wir, dass sich die Staatsregierung im Bundesrat dafür stark macht, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber den vollen Zugang zum Gesundheitssystem ohne Leistungsbeschränkung erhalten.

Antrag: „Gesundheitskarten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber“ (Drs. 6/1062)

➔ <http://gruenlink.de/x18>

Flüchtlingssozialarbeit – Betreuungsschlüssel verbessern

Weitere Themen, die wir als GRÜNE-Fraktion in den Haushaltsverhandlungen aufgreifen wollen, sind die Absicherung von Flüchtlingssozialarbeit mit einem Schlüssel von 1 zu 80 (derzeit im Schnitt bei 1 zu 150), die Möglichkeit von unabhängiger Beratung in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie der Ausbau der Flüchtlingsberatung in den sächsischen Regionen, Verlängerung des Aufnahmeprogramms für den Zuzug syrischer Familienangehöriger, finanzielle Unterstützung von Migranten- und Flüchtlingsorganisationen, der Ausbau der Deutsch-als-Zweitsprache-Klassen sowie der Willkommenskitas, Unterstützung von Projekten, die zum Abbau von (Alltags-) Rassismus beitragen sowie die Schaffung einer Clearingstelle zur Inobhutnahme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Wir GRÜNE wollen Asylsuchenden in Sachsen einen sicheren und menschenwürdigen Zufluchtsort bieten und ihnen ein gutes Ankommen ermöglichen. Flucht ist für uns die Folge von existenzbedrohender Not sowie dem legitimen Wunsch, die eigene Lebenssituation zu verbessern. Jede und jeder Einzelne kann einen Beitrag dazu leisten, die geflüchteten Menschen in Sachsen willkommen zu heißen und ihnen Unterstützung zu bieten.

Leitlinien: „Für eine humane und menschenwürdig Flüchtlings- und Asylpolitik“

➔ <http://gruenlink.de/x17>

Vertrauen in die demokratische Gesellschaft verloren?

Welche Herausforderungen bleiben nach PEGIDA?

Immer wieder montags laufen PEGIDA und ihre Ableger durch die Straßen. Und jeden Montag versuchen sie, in der so gehassten „Lügenpresse“ eine Neuigkeit zu setzen: Eine eigene Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl in Dresden, ein von der CDU vermittelter Termin bei der Bundesregierung, der Auftritt des holländischen Islamfeindes Geert Wilders ... Noch berichten die Medien, aber die Schlagzeilen werden kleiner. Doch auch die Gegendemonstrationen verlieren an Zuspruch.

Die Dresdner OB-Wahl wird für die Bewegung zur Zäsur. Denn die reale Zustimmung zu PEGIDA wird messbar. Die, die sich als „das Volk“ fühlen, bekommen durch das Ergebnis den Spiegel vorgehalten.

Doch selbst, wenn der PEGIDA-Spuk vorbei sein sollte, Entwarnung kann das nicht bedeuten. Der unmenschliche Geist ist aus der Flasche und tobt sich längst vor Ort aus. In beträchtlicher Anzahl und zum Teil sehr aggressiv wird gegen Asylunterkünfte



Foto: Canuse Pinguin/flickr.com, Lizenz CC BY-NC-SA

demonstriert. Erinnerungen an die früheren 90er Jahre werden wach. Die Kapitulation des Staates vor dem gewalttätigen Mob in Hoyerswerda steht für eine Vielzahl damaliger Übergriffe. Zum Rassismus der Rechtsextremen hat sich heute allerdings ein Wohlstandschauvinismus gesellt, der sprachlos macht. Menschen, denen es materiell an nichts fehlt, argumentieren ohne Scham gegen die Unterbringung von Flüchtlingen: „Wir haben hier gebaut! Das Maß ist voll! Es muss etwas getan werden!“

Die Werte der Demokratie scheinen in breiten Schichten der sächsischen Gesellschaft nur gering verankert zu sein. Dies ist mit einem Vertrauensverlust in Demokratie allein nicht erklärbar. Vielmehr steht die Frage, ob sich im politischen Klima Sachsens seit 1990 überhaupt eine Kultur breiter, demokratischer Willensbildung und Beteiligung entwickeln konnte. Die Herausforderung ist damit viel größer, als nur den Verlust von Vertrauen wiederherzustellen.

Sachsen hört mit – auch in Berlin, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt

Manchmal birgt der Haushalt Überraschungen. Mit Verwunderung entnahm die GRÜNE-Fraktion dem aktuellen Entwurf, dass Sachsen offenbar mit Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein Rechenzentrum für Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) plant. Dafür will der Freistaat in den kommenden zwei Jahren insgesamt 4,2 Millionen Euro bereitstellen. Weder der Öffentlichkeit noch den beteiligten Landtagen war dieses Projekt bekannt. Mittlerweile konnten wir herausfinden, dass seit Jahren an den Landtagen vorbei ein Zentrum für Kommunikationsüberwachung mit Hauptsitz in Sachsen geplant wird.

Ziel ist es, die Telekommunikationsüberwachung der Polizei der Länder zu bündeln. Die Federführung liegt bei Sachsen. Voraussetzung für ein derartiges Vorhaben ist eigentlich ein Gesetz oder ein Staatsvertrag. Beides hat der Landtag bis jetzt nicht zu sehen bekommen. Auch in den anderen Ländern war man ob der Offenlegung des Vorhabens durch Sachsen irritiert. Es wurde verlautbart, dass es noch großen Abstimmungsbedarf gebe. Dies wird

durch die Antwort auf eine Kleine Anfrage bestätigt, wonach es allenfalls Dokumente einer ministeriellen Arbeitsgruppe im „Entwurfsstatus“ gebe. Insbesondere steht eine verfassungsrechtliche Würdigung des Vorhabens noch aus.

In dem neuen Zentrum soll zudem eine technische Aufrüstung erfolgen. So ist im Haushaltsplan von einer erwartbaren Anpassung der Technik im Bereich der Kryptologie die Rede – was das konkret heißt, bleibt unklar. Doch auch wenn gar nicht viel Neues für dieses Zentrum vorgesehen ist, ergeben sich aus der Zusammenarbeit mehrerer Länder im sensiblen Bereich der TKÜ massive Datenschutzprobleme. Unklar ist, ob ein Austausch der Daten erfolgt und inwieweit Polizisten Zugriff auf die Daten anderer Länder haben. Offen ist auch, wer für die Kontrolle des Zentrums zuständig ist.

Dass der Landtag ohne rechtliche Grundlagen und nähere Informationen das eingestellte Geld und damit fast schon einen Blanko-Scheck ausstellen soll, ist eine Däpierung des Parlaments und an Dreistigkeit kaum zu überbieten.

Anfrage

Kleine Anfrage: „Gemeinsames Rechen- und Dienstleistungszentrum auf dem Gebiet der Telekommunikationsüberwachung der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin, Brandenburg (Drs. 6/894)

<http://gruenlink.de/x1h>



Foto: Oldkhevi/flickr.com

Bezahlbar wohnen

GRÜNER Vorschlag zur stärkeren Begrenzung von Mieterhöhungen im Landtag abgelehnt



Die GRÜNE-Fraktion hatte Ende Januar einen Antrag ins Plenum eingebracht, um die max. möglichen Erhöhungen der Bestandsmieten in sächsischen Ballungszentren in drei Jahren von 20 auf max. 15 Prozent abzusenken. Für die Bundesländer besteht seit der Mietrechtsreform 2013 die Möglichkeit, in Gebieten, in denen die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum kritisch ist, die Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren auf 15 Prozent zu begrenzen. Die Bereiche werden für fünf Jahre festgelegt. In allen anderen, nicht gesondert ausgewiesenen Gebieten, bleibt es bei 20 Prozent. Elf Bundesländer haben mittlerweile von der Begrenzung der Bestandsmieten als Instrument zum Mieterschutz Gebrauch gemacht.

Leider verweigerten CDU- und SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag unserem Antrag die Zustimmung und zeigten damit ihr Desinteresse an den Problemen der sächsischen Großstädte. Sanierungen und geringer Leerstand lassen die Mieten vor allem in Dresden und Teilen von Leipzig aber auch in bestimmten Quartieren sächsischer Mittelstädte beträchtlich ansteigen. Für Menschen mit geringen, inzwischen auch mit mittleren Einkommen und junge Familien wird es in diesen Gebieten immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Seit Herbst 2013 liegen Inneminister Markus Ulbig (CDU) Schreiben der Oberbürgermeister von Leipzig und Dresden auf dem Tisch, in denen sie ihren Bedarf einer solchen Mietpreisbremse untersetzt mit Stadtratsbeschlüssen anmelden. Doch auf Landesebene rührte sich bisher nichts.

Das Thema „bezahlbares Wohnen“ entdeckt Innenminister Ulbig nur in Wahlkampfzeiten für sich. Auf seinen Dresdner Wahlplakaten zur Landtagswahl 2014 stand deutlich lesbar die Forderung „Bezahlbar Wohnen“. Ende März 2015, zu Beginn des Oberbürgermeisterwahlkampfes in Dresden, riefen sich die Lokalzeitungsleser dann verwundert die Augen als sie die Schlagzeile lasen: „Ulbig will eine städtische Wohnungsbaugesellschaft“ (SZ DD, 20.3.). Dabei hatte er dies im Herbst noch strikt abgelehnt. Auch in allen folgenden Debatten, einschließlich der zum GRÜNEN-Antrag, hatte Ulbig sein „Nein“ mit einem „entspannten Wohnungsmarkt“ begründet.

Antrag

Antrag: „Mietsteigerungen in sächsischen Ballungsräumen begrenzen – bezahlbaren Wohnraum sichern“ (Drs. 6/219)

➔ <http://gruenlink.de/x3n>

Preiswerte Lückenbüßer?

Immer mehr Lehrbeauftragte an Universitäten und Fachhochschulen

In Zeiten eines nach wie vor ungebremsen Stellenabbaus bei gleichzeitig konstant hohen Studierendenzahlen sichern an Sachsens Universitäten und Fachhochschulen immer mehr Lehrbeauftragte die Lehre ab. Dies ergab eine kleine Anfrage von Dr. Claudia Maicher, hochschulpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion. Allein von 2011 bis 2013 nahm ihre Zahl um mehr als 200 auf 1.628 zu. Laut Auskunft des Wissenschaftsministeriums ist ohne ihre Arbeit, Lehre nicht mehr abzusichern. Offenbar übernehmen die Lehrbeauftragten dabei auch Lehrveranstaltungen, die nur von angestelltem Hochschulpersonal gehalten werden sollten. Im Gegensatz zum fest angestellten Hochschulpersonal arbeiten Lehrbeauftragte auf eigene Rechnung und ohne jegliche soziale Absicherung zu Honoraren, die teilweise bei 10 Euro pro Stunde liegen.

Ohne eine deutliche Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen wird sich an dieser Situation nichts ändern. Wir haben deshalb in einem Antrag vorgeschlagen, die freiwerdenden Bafög-Millionen in die Hochschulen zu investieren.

Weitere Informationen

Kleine Anfrage: „Lehrbeauftragte an Universitäten und Fachhochschulen“ (Drs. 6/413)

➔ <http://gruenlink.de/x1i>

Antrag: „Freie Bafög-Mittel in Schulen und Hochschulen investieren: Landesprogramm Schulsozialarbeit etablieren, Hochschulen und Studentenwerke stärken“ (Drs. 6/217)

➔ <http://gruenlink.de/x1k>

Vattenfall-Ausstieg endlich für Kohle-Ausstieg nutzen

Fast scheint es als ob die Energiepolitik im Schatten der -gida-Verfinsterung eine Pause eingelegt hat. Doch der Eindruck trügt. Die relative Ruhe überdeckt eine große Unsicherheit, die mit den Verkaufsabsichten von Vattenfall im Braunkohleland Sachsen aufgekomen ist.



Gebetsmühlenartiges Recycling längst entsorgter Argumente, eine erstaunliche Dünnhäutigkeit auf bisher so selbstsicher gehaltenen Positionen, inhaltsleere Ablenkungsmanöver und anschwellende Angst – so sah die Energie- und klimapolitische Diskussion der vergangenen Wochen aus. Ein sicheres Zeichen, dass wichtige Entscheidungen mit enormen Auswirkungen bevorstehen.

Gelingt es Schwarz-Rot, im Zuge des Vattenfall-Rückzugs die klima- und wirtschaftspolitisch katastrophale Kohlewirtschaft zu konservieren und sie in fataler Allianz mit Oligopolen aus den Nachbarländern mit Kohleexporten, Stromexporten, Umwelt- und Demokratiedumping weitgehend resistent gegen die deutsche Energiewende zu machen? Wird eine Situation auf Jahrzehnte festgezurr, in der unser immenser pro-Kopf-Jahresausstoß von rund 13 Tonnen CO₂ zu zwei Dritteln durch die Kohle festgelegt ist? Wir GRÜNE wollen das verhindern und die Weichen in der Energiepolitik neu stellen. Das sind derzeit unsere Möglichkeiten: Wir kämpfen gegen die unsinnigen Tagebauerweiterungen und schaffen maximale Transparenz und Öffentlichkeit zu den Kosten, Umwelt- und Gesundheitsschäden der sächsischen Kohlepolitik. Wir bringen uns hier und international in das Geschehen um den Vattenfall-Rückzug ein. Wir nehmen die Staatsregierung in die Pflicht, ihren Ankündigungen zu Erneuerbaren Energien Taten folgen zu lassen.

Foto: grüne_sachsen (flickr.com, Lizenz CC BY-NC-SA 2.0)

Termine

14. April 18 Uhr

Der Wolf in Sachsen – willkommen oder gefürchtet?

Informationsveranstaltung
Meißen, Nachtcafé

20. April 19 Uhr

Was ist uns unser Essen wert?

Diskussion, Limbach-Oberfrohna,
Landhotel „Goldener Becher“

23. April 18 Uhr

Runder Tisch zu Demokratie und Bürgerbeteiligung

Gespräch, Pirna, GRÜNER Laden

4. Mai 14 Uhr

Fachgespräch Kohleexporte

mit Dorothea Frederking,
Heide Schinowsky, Gerd Lippold
Dresden, Landtag

19. Mai 19 Uhr

Runder Tisch zu Demokratie und Bürgerbeteiligung

Gespräch, Dresden, Atelier Kati
Bischoffberger, Oschatzer Str. 5

20. Mai 19 Uhr

Fahrradfreundliches Freital?!

Freital, Technologiezentrum F1

16. Juni 19 Uhr

Fahrradfreundliches Chemnitz?!

Chemnitz, UWZ, Henriettenstraße 5

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangaben finden Sie unter: www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Publikationen

Ruhm und Anerkennung machen nicht satt! Frauen in Kunst und Kultur

Mit einer neuen Veranstaltungsreihe will die GRÜNE-Landtagsfraktion anlässlich des Frauentags am 8. März aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf das Leben von Frauen in Sachsen schauen. In der Auftaktveranstaltung am 4. März 2015 im Landtag standen zunächst Künstlerinnen im Mittelpunkt.



Claudia Maicher, kulturpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, fragte im Fachgespräch Expertinnen aus Theater, Kunst, Film und Hochschule, wie es um gleiche Chancen für Frauen in Kunst und Kultur bestellt ist und wie man ihre Sichtbarkeit vergrößern kann.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmerinnen und Gäste des Fachgesprächs, dass eine Quote zu einer höheren Präsenz von Frauen sowohl in Rektoraten, Fakultätsleitungen, Theaterintendanten als auch in Beiräten und



Jurys der Kunst- und Kulturstiftungen zu tatsächlicher Gleichberechtigung führen kann. Nur wenn Kulturbeiräte paritätisch besetzt und Stipendien paritätisch vergeben werden, besteht die Chance herrschende strukturelle Ungleichheiten zu überwinden.

Ein landesweites Frauenkulturbüro könnte durch die Vernetzung sächsischer Künstlerinnen aller Sparten Frauen unterstützen, in dem Forderungen und Fördermöglichkeiten gemeinsam entwickelt werden.

Um die Präsenz von bildenden Künstlerinnen auch im Landtag zu erhöhen, eröffnete die Fraktion nach dem Fachgespräch im Packhofflügel des Landtags die Ausstellung FRAUEN mit den Dresdner Künstlerinnen Manja Barthel, Constanze Böckmann, Nina May, Constanze Nowak und Theresa Wenzel. Sie ist noch bis zum 8. Mai 2015, montags bis freitags, von 10-18 Uhr, zu sehen.



Bestellen

Die Studie „Die Landwirtschaft in Sachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern“ sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über: publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00
Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Grit Ebert, Andreas Jahnel